

6. Objektkredit für den Aufbau einer zentralen Winterdienstesinsatzzentrale

Antrag des Regierungsrates vom 19. Mai 2021 und gleichlautender Antrag der Kommission für Planung und Bau vom 9. November 2021

Vorlage 5717 (*Ausgabenbremse*)

Ratspräsident Benno Scherrer: Ziffer römisch I der Vorlage untersteht der Ausgabenbremse.

Andrew Katumba (SP, Zürich), Präsident der Kommission für Planung und Bau (KPB): Mit der Vorlage 5717 beantragt der Regierungsrat dem Kantonsrat einen Objektkredit in der Höhe von 9,24 Millionen Franken für den Aufbau einer zentralen Winterdienstesinsatzzentrale zu bewilligen.

Der Winterdienst gehört zu den Kernaufgaben des Tiefbauamtes, um die Verkehrssicherheit und die Leistungsfähigkeit der Strassen im Kanton Zürich auch in der kalten Jahreszeit zu gewährleisten. Im Jahre 2018 liess das Tiefbauamt die Winterdienstesätze umfassend analysieren und hat in der Folge dessen ein gewisses Optimierungspotenzial identifiziert. Heute koordinieren rund 15 Einsatzkräfte den Winterdienst dezentral in den einzelnen Werkhöfen der jeweiligen Unterhaltsbezirke. Bei Bedarf werden Kontrollfahrten durch Mitarbeitende des Tiefbauamtes durchgeführt. Der Pikettdienst ist dabei äusserst personalintensiv. Man muss sich das so vorstellen, dass die Einsatzleitung heute via Wetter-App einen Warnhinweis erhält und danach aufgefordert wird, die Situation vor Ort zu überprüfen. Häufig passiert das ja in der Nacht. Wenn es schneit, dann geht der Einsatzleiter vor Ort, quasi als Pikettdienst, überwacht die Situation und fordert dann telefonisch die Schneepflüge an. Dieses Vorgehen wirkt aus heutiger Sicht ziemlich umständlich und ist auch etwas antiquiert. Für eine Modernisierung der Winterdienst-Einsatzleitung ist daher der Ausbau der technischen Netzinfrastruktur von heute 70 auf rund 140 Wetterstationen erforderlich. Hierfür bedarf die heutige IT-Infrastruktur eines neuen Einsatzleitprogramms.

Die Informationen der Strassenwetterstationen sollen zusammengeführt und von einem zentralen Strassenwetterprognosedienst aufbereitet werden. Für die Überwachung und Leitung der Fahrzeuge während der Dienstesätze sowie für die Vereinfachung der Administration sollen die Einsatzfahrzeuge digital aufgerüstet werden, um jederzeit deren Position und Einsatzfortschritt auch sicherzustellen. Zudem soll das neue Einsatzprogramm die Einsatzkräfte künftig elektronisch koordinieren, sodass die Einsatzleitung – das wird künftig nur eine Person sein – nur bei Störungen oder Notfällen eingreifen soll.

Mit der Zentralisierung der technischen Infrastruktur werden Personalressourcen freigespielt, die in der Folge zu organisatorischen Anpassungen im Tiefbauamt führen werden. Die Verantwortung für die Winterdienstesatzleitung in den Unterhaltsbezirken wird auf eine zentrale Einsatzzentrale übergehen, wie ich es schon einmal erwähnt habe, und dies führt zwangsläufig auch zu einer minimalen

Reorganisation im Tiefbauamt und eben auch zu veränderten Jobprofilen einzelner Mitarbeitenden. Die Baudirektion rechnet insgesamt mit Einsparungen von rund 5000 Arbeitsstunden pro Jahr, die anderweitig umverteilt werden. Das heisst, die Personen werden umgeteilt oder kriegen neue Jobprofile. Arbeit hat es genug, es sollen deshalb keine Stellen abgebaut werden.

Im Namen der einstimmigen KPB beantrage ich Ihnen, der Vorlage 5717 und damit dem Objektkredit zuzustimmen. Besten Dank.

Walter Honegger (SVP, Wald): Eine der Kernaufgaben des kantonalen Tiefbauamtes ist neben dem Unterhalt der Staatsstrassen die Organisation und Durchführung des Winterdienstes auf den rund 1600 Kilometern Staatsstrassen. Diese Aufgabe wird heute individuell durch die neuen Bezirksleiter der entsprechenden Werkhöfe ausgeübt. Diese werden durch knapp 70 Messstellen informiert. Zudem werden Kontrollfahrten angeordnet, um den Zustand der Strassen zu bestimmen. Neu soll nun der ganze Verantwortungsbereich auf eine Leitstelle übertragen werden. Dazu bedarf es zusätzlicher Messstellen sowie eines digitalisierten Auswertungsprogrammes und zusätzlicher organisatorischer Anpassungen. Jeder Veränderung eines bisher funktionierenden Ablaufs birgt Risiken und es wird den Verantwortlichen sicherlich auch einigen Respekt kosten, vor allem, wenn es sich dabei um sicherheitsrelevante Aufgaben handelt, und dies kennen hier wohl alle im Rat, seien es Auto- oder Radfahrer, wie auch die Fussgänger. Der Winterdienst des Kantons und natürlich auch derjenige der Gemeinden betrifft uns alle.

Wir von der SVP sind der Meinung, dass die Geschäftsleitung des Tiefbauamtes, die Leitung des Strasseninspektorates, hier einen sehr mutigen Schritt nach vorne macht. Wir übergeben einen grossen Teil der Entscheidungsfindung der Technik, der Digitalisierung. Auf der anderen Seite werden die Bezirksleiter sicherlich entlastet; dies allerdings nur, wenn das System dann auch wirklich funktioniert. Wir sind der Meinung, dass hier der richtige Weg gegangen wird, und vertrauen dieser zukunftsgerichteten Lösung, vor allem, wenn dann noch, wie erwähnt, personelle und auch materielle Ressourcen eingespart werden können und die Umwelt zu einem kleinen Teil entlastet werden kann. Dass das Ganze nicht zu einer vollen Kosteneinsparung führt, hat damit zu tun, dass all die neugebauten Radwege eben auch unterhalten werden müssen und die freiwerdenden Personalressourcen vor allem hierfür eingesetzt werden sollen.

Die SVP stimmt diesem Objektkredit von gut 9 Millionen Franken zu und wird nach der Einführung der winterdienstdatenbasierenden Eisfreimachung zu Beginn wohl etwas wachsamer auf den Strassen unterwegs sein. Herzlichen Dank allen Beteiligten.

Theres Agosti Monn (SP, Turbenthal): Eine Zentralisierung der Winterdienstesatzleitung bringt eine Effizienzsteigerung, mehr Nachhaltigkeit und eine Modernisierung. Die SP stimmt dem Objektkredit zu. Die Effizienzsteigerung resultiert aus einer voraussichtlichen Einsparung von Arbeitsstunden, wir haben es gehört, freiwerdenden Personalressourcen für Velowege. Durch die Zentralisierung der

Einsatzleitung soll der Aufwand für Kontrollfahrten kleiner werden. Die Erfahrung wird zeigen, wie viel lokales Wissen trotz einer Zentralisierung nötig sein wird. Die Zentralisierung der Überwachung des Strassenzustandes und der Wetersituation scheint verschiedene Vorteile zu haben. Ob sie an sensiblen Stellen frühzeitig vor Glatteis warnen können ohne Kontrollfahrten von Mitarbeitenden, ist fraglich. Insbesondere im Zürcher Berggebiet sind Ortskenntnisse durch Mitarbeitende des Tiefbauamtes weiterhin wichtig.

Mehr Nachhaltigkeit soll durch die bessere Strassenzustandsprognose erreicht werden. Wichtig ist, dass Salzstreueinsätze dann ausgelöst werden, wenn sie wirklich nötig sind. Auch die Streumenge lässt sich an die ortsspezifischen Situationen anpassen, die Umweltbelastung durch Salz kann weiter verringert werden.

Schliesslich bringt die datenbasierte Arbeitsweise die Möglichkeit zur laufenden Analyse und Verbesserung der Winterdiensteinsätze. Die SP unterstützt die Vorlage des Regierungsrates. Danke.

Stephan Weber (FDP, Wetzikon): Im Grossen und Ganzen funktioniert der Winterdienst auf unseren Strassen im Kanton Zürich einwandfrei. Unsere winterliche Witterung hält jedoch immer wieder Überraschungen für unsere Einsatzkräfte bereit. Hier bietet uns die Digitalisierung, verbunden mit zusätzlichen Messstellen, eine wertvolle Unterstützung. Der Kreditantrag über 9,2 Millionen Franken für die zentrale Winterdiensteinsatzzentrale beinhaltet im Wesentlichen 7 Millionen Franken für zusätzliche Strassenwetterstationen. Der Restbetrag wird für IT-Systeme, IT-Infrastruktur und Beratung benötigt.

Für die FDP war es in der Kommissionsberatung wichtig, dass dieses Projekt in Zusammenarbeit und unter Einbezug der Erfahrungen der heutigen regionalen Verantwortlichen sowie der kantonsüberschreitenden Zusammenarbeit erarbeitet wurde. Zusammengefasst kann gesagt werden: Packen wir die Chance und nutzen wir das Potenzial der Digitalisierung. Wenn wir dann mit diesem Projekt noch die versprochene Einsparung von 5000 Mitarbeiterstunden erreichen können, wird dies uns alle freuen. Die FDP-Fraktion stimmt diesem Kreditantrag zu.

David John Galeuchet (Grüne, Bülach): Es ist zu hoffen, dass es in den kommenden Jahren mit der Klimaerwärmung noch zu Schneefällen in unseren Lagen kommen wird, ansonsten müssten wir die Investition dann wohl als Investitionsleiche betrachten. Mit dieser datenbasierten Arbeitsweise setzen wir einen Grundstein für die Digitalisierung in der Überwachung unserer Strassen. Durch die Sensoren können wir die Informationen sammeln und den Entscheid datenbasiert, objektiv fällen. Damit sollen 300'000 Kilometer Kontrollfahrten eingespart werden können, das senkt natürlich den CO₂-Ausstoss.

Weiter können wir davon ausgehen, dass der Streumiteileinsatz, weil er spezifisch an die Gegebenheiten angepasst werden kann, reduziert werden kann; auch das eine Reduzierung der Belastung der Natur. Die Fahrzeuge werden in Zukunft getrackt. Dadurch lassen sich die Fahrzeuge spezifischer und genauer einsetzen, somit auch kantonsübergreifend eine Zusammenarbeit und ein Austausch betreiben,

was die Kosten auch weiter senken wird. Bisher kostete der Winterdienst zwischen 11,4 und 22,5 Millionen Franken, im Durchschnitt 18 Millionen Franken pro Jahr.

Was bringt uns diese neue Winterdienstzentrale? Es wird geschätzt, dass es zu Minderkosten von 1 Million Franken führt. Diese stehen den Kapitalfolgekosten gegenüber, sodass jährlich 500'000 Franken eingespart werden können. Daneben ist natürlich zu erwähnen, dass sich auch der Energieverbrauch gegenüber heute fast halbiert von 65,7 Megawattstunden pro Jahr auf neu 34,8 Megawattstunden pro Jahr.

Droht uns eine IT-Leiche, wie wir sie ja aus der Bundesverwaltung und auch gewissen kantonalen Projekten kennen? Nein, wir müssen keine Angst davor haben, denn es handelt sich nicht um eine Eigenentwicklung, sondern um ein Standardprodukt, welches andere Kantone auch schon eingesetzt haben. Die freiwerdenden Kapazitäten können dafür eingesetzt werden, den Winterdienst auf den Velowegen in der Qualität zu steigern.

Die Grünen stimmen dem Kreditantrag zu, in der Hoffnung, dass auch in Zukunft noch viel Schnee vom Himmel fällt.

Regierungsrat Martin Neukom: Das Tiefbauamt des Kantons Zürich ist verantwortlich für den Winterdienst. Und um die rund 1600 Kilometer Staatsstrassen im Winter fahrbar zu halten, wenn es auch mal schneit, wenden wir im Schnitt pro Jahr rund 18,5 Millionen Franken auf. Es spielt natürlich eine Rolle, welches Wetter wir haben. Wenn es wenig schneit, fällt deutlich weniger Aufwand an. Aktuell läuft das dezentral in den einzelnen Werkhöfen in den Regionen und wird auch dezentral gesteuert. Aktuell läuft es auch so, dass wirklich Leute vor Ort mit dem Auto hinfahren, um zu beurteilen, wie der Strassenzustand ist, um nachher die Einsatzquote zu planen; das ist natürlich entsprechend ineffizient. Mit diesem Objektkredit, den der Regierungsrat hier beantragt, soll das neu zentral und digitalisiert erfolgen. Die Vorteile wurden erwähnt und liegen auf der Hand: Es ist der neuste Stand der Technik. Es ist ein datenbasiertes Arbeiten möglich. Wir arbeiten mit Strassenwetterstationen. Die Daten werden gesammelt und somit ist die Einsatzplanung deutlich schneller, präziser und effizienter; effizienter, weil es eine optimale Auslastung ist, präziser, weil es weniger Fahrten braucht, dadurch kann auch eine gewisse Menge an Salz eingespart werden.

Um das zu realisieren, sind 70 bis 100 zusätzliche Strassenwetterstationen nötig und eine Software, die diese Daten auswertet und vorgibt, wo die besten Fahrten zu machen sind. Ebenfalls möglich ist es, das mit einer Wetterprognose zu koppeln, um zu schauen, wo wohl in Zukunft wie viel Schnee fallen wird.

Der Regierungsrat beantragt, den Objektkredit von 9,2 Millionen Franken zu genehmigen. Besten Dank.

Eintreten

ist beschlossen, nachdem kein anderer Antrag gestellt worden ist.

Detailberatung

Titel und Ingress

I.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Ratspräsident Benno Scherrer: Nun stellen wir fest, ob das Quorum der Ausgabenbremse erreicht wird. Der Rat besteht zurzeit aus 180 Mitgliedern. Deshalb braucht es mindestens 91 Stimmen. Kommen weniger als 91 Stimmen zustande, ist der Antrag abgelehnt.

Abstimmung

Für Ziffer I der Vorlage 5717 stimmen 168 Ratsmitglieder. Damit ist das erforderliche Quorum der Ausgabenbremse erreicht worden.

II.–V.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Das Geschäft ist erledigt.